

1. QUARTAL 2003

info

DJV-LANDESVERBAND HAMBURG
RÖDINGSMARKT 52 · 2. OG
20459 HAMBURG



E-MAIL: INFO@DJV-HAMBURG.DE
TEL: 040-36 97 10-0 · FAX: 040 /36 97 10 - 22
WWW.DJV-HAMBURG.DE

ERGEBNISLOSE VERHANDLUNGEN

EINBRÜCHE

**DIE TARIFLANDSCHAFT
ZERKLÜFTET**

CLEVER VORSORGEN # START UP IN 2003

BIG BROTHER DARF NICHT GUCKEN



ZUM 54. MAL:

BALL-TIME



Wie alljährlich am letzten Sonnabend im Januar ist Ball-Time für Journalistinnen, Journalisten und andere Medien-Verwandte. Am 25. Januar 2003 steigt der 54. Hamburger Presseball im Kempinski Hotel Atlantic. Als Veranstalterin lädt übrigens die dem DJV angegliederte Stiftung der Hamburger Presse ein – also *nicht* der Landesverband Hamburg im Deutschen Journalisten-Verband, wie viele KollegInnen fälschlich annehmen. Der DJV Hamburg ist selber Gast.

Der Presseball steht traditionell unter der Schirmherrschaft vom Ersten Bürgermeister, Ole von Beust. Der Erlös des Benefiz-Balls fließt wieder in Projekte der journalistischen Aus- und Fortbildung sowie in die Unterstützung bedürftiger Kolleginnen

und Kollegen. Die zahlreichen Gäste aus Medien, Wirtschaft, Politik und Kultur unterstützen diese Stiftungszwecke mit dem Eintrittsgeld. Außer Bürgermeister von Beust haben aus der Politik unter anderen Wirtschaftssenator Gunnar Uldall und Kultursenatorin Dana Horáková sowie die Staatsministerin für Kultur und Medien beim Bundeskanzler, Christina Weiss, die Bundespolitikerin der Grünen, Krista Sager, und der frühere Erste Bürgermeister und jetzige Bundestagsabgeordnete Ortwin Runde zugesagt. Es erwartet Sie ein buntes Musik- und Disco-Programm, das ausgelassene Stimmung bis in die frühen Morgenstunden garantiert. Im Eintrittspreis sind Büffet und eine Getränkeauswahl enthalten.

Impressum:

Das DJV-info erscheint viermal im Jahr

Herausgeber:

Deutscher Journalisten-
Verband Landesverband
Hamburger e.V.
Rödingsmarkt 52, 2. OG
20459 Hamburg
Dr. Annegret Witt-Barthel
(1. Vorsitzende, Vi.S.d.P)

Tel.: 040-36 97 10-0
Fax: 040-36 97 10-22
e-mail: info@djv-hamburg.de
www.djv-hamburg.de

Redaktion:

Inge Dose-Krohn (Leitung)
e-mail: ideka@t-online.de
Marina Friedt
Werner Lüchow
ständige Mitarbeit freier Autoren
und Fotografen

Layout:

Klaus Paulsen - Studio Plus

Bezug:

Einzelheft 1,55 Euro
Für Mitglieder des DJV
Hamburg ist der Heftpreis im
Mitgliederbeitrag enthalten

Anzeigenbearbeitung:

Kirsten Stange
Geschäftsstelle DJV
Tel.: 040-36 97 10-0
Es gilt Anzeigenpreisliste 3

Satz und Druck:

P+N Offsetdruck KG
Dammtorstrasse 29
20354 Hamburg

ISSN 1432-4342

WECHSEL

Manche Kolleginnen und Kollegen hatten schon mit ihr zu tun, andere kennen sie noch nicht. Das soll sich hier jetzt ändern. Denn Dr. Anja Westheuser (Foto) nahm bereits Mitte des Jahres den Platz von Petra Rath ein, die inzwischen Petra Reiner heißt. Der Wechsel hat einen süßen, höchst lebhaften Grund mit Namen Amelie Sophie und erblickte am 13. November 2002 das Licht dieser Welt. Das bedeutet, Mama Petra ist nun in der Elternzeit. Weil aber möglicher Ärger zwischen Arbeit- oder Auftraggebern und Hamburger Kolleginnen und Kollegen darauf keine Rücksicht nimmt, kann der DJV Hamburg auf die Mitarbeit einer versierten Fachkraft nicht verzichten. Und hier kommt Anja Westheuser ins Spiel.

Die 35-jährige Hamburgerin ist promovierte Rechtsanwältin und hatte schon in der Vergangenheit die Journalistinnen und Journalisten im DJV unter anderem in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten vertreten.

„Mir liegt diese Klientel“, sagt sie, „ich habe mal eine Zeit lang im Studium bei BILD als Freie gearbeitet und allgemeine Berichterstattung gemacht. Und das hat mir großen Spaß gebracht.“ Deshalb bedurfte es keiner großen Überredungskunst vom Hamburger Verband, die Vertretung für Petra Reiner zu übernehmen.

In ihrer Freizeit liest Dr. Westheuser am liebsten – Krimis. Am liebsten aus der Gerichtsmedizin, mit naturwissenschaftlichem oder technischen Hintergrund. Je realistischer, desto besser. Ansonsten interessiert sich die Rechtsanwältin für Kunst, Architektur, Archäologie und Völkerkunde. Im Urlaub findet man sie vorwiegend in Großstädten des In- und Auslands, wo sie auf Spurensuche nach dem jeweiligen kulturellen Erbe geht. In der Großstadt Hamburg aber, in der Geschäftsstelle am Rödingsmarkt, geht sie für die Hamburger Kollegen auf Spurensuche nach Fakten, die ihnen zum Recht verhelfen. *idk*

Foto: I. Dose-Krohn





Dr. Annegret Witt-Barthel,
Vorsitzende im DJV-
Landesverband Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für das gerade begonnene Jahr 2003 wünsche ich Ihnen beruflich und persönlich alles Gute.

Für Ihr berufliches Wohlergehen setzt sich der DJV zur Zeit in Tarifverhandlungen ein, die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und des Umbruchs in der Branche äußerst schwierig sind. Sie erinnern sich: Auch im abgelaufenen Jahr sind allein in Hamburg wieder Hunderte von Medienarbeitsplätzen verloren gegangen, darunter 100 mit der Einstellung der renommierten „Woche“. Viele unter uns Journalistinnen und Journalisten sind unfreiwillig zu Freien geworden – ihr Anteil unter den inzwischen gut 3300 Hamburger DJV-Mitgliedern wächst beständig. Daher setzen wir uns im DJV mit der Frage auseinander: Wie kann Tarifpolitik nicht nur „Arbeitsplatzbesitzern“, sondern auch Freien dienen? Wir sind ja nicht nur Gewerkschaft für Angestellte, sondern zugleich Berufsverband für alle, gerade auch für Freie. Richtig. Daher verhandelt der DJV über Beschäftigungssicherung.

Richtig ist aber auch, dass wir neue Wege und Konzepte einer Tarifpolitik entwickeln müssen, denn das bisherige gewerkschaftliche Leitbild des Festangestellten in einem wirtschaftlich soliden Medienhaus, das nach Flächentarifvergütet, wird zum Auslaufmodell. So wichtig die Funktion des Flächentarifs Tageszeitungen als Richtlinie für die gesamte Medienlandschaft von Zeitschriften bis zum Privaten Rundfunk ist, so wichtig ist ein neues Konzept, das den veränderten Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in der Branche gerecht wird. Damit wird sich der DJV Hamburg in diesem Jahr befassen (S. 4).

Für Freie weitet der DJV das Angebot aus und subventioniert die Teilnahme an einem Seminar in der Akademie für Publizistik. Der nächste eLearning-Kursus unter anderem zu Marketing, Büroorganisation und marktgerechtem Profil läuft ab 14. März. Eine Fragebogenaktion hatte ergeben, dass Freie bei diesen Themen den größten Orientierungsbedarf sehen (S. 14). Damit knüpfen wir an die erfolgreiche Reihe der Start Up-Seminare im vorigen Jahr an.

Noch ein weiterer Erfolg soll fortgesetzt werden. In Hamburg ist die geplante Novellierung des Landesverfassungsschutzgesetzes, die den Lausch- und Spähangriff auf unverdächtige Journalisten ermöglichen sollte, in diesem Punkt abgewehrt worden. Berufsgeheimnisträger dürfen nur belauscht werden, wenn sie selbst verdächtig sind. Damit sind Informantenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht als wichtige Bestandteile der Pressefreiheit gesichert worden. Das will der DJV nun auch in anderen Bundesländern, in denen die Pläne schon verwirklicht worden waren, nach dem Hamburger Vorbild wieder erreichen (S. 6).

Zum Schluss möchte ich noch auf die viel diskutierte Erhöhung der DJV-Preise für Presseballkarten eingehen und um Verständnis werben. Die (DJV-)Stiftung der Hamburger Presse hat sich schwer getan, sie anzuheben. Der Ball ist eine Benefizveranstaltung, die einen Überschuss für die Stiftungszwecke erzielen muss (S. 2). Auch bei sorgfältiger Kalkulation ist dies in diesem Jahr nicht ohne eine Erhöhung möglich. Die Tatsache, dass teure Musicals in Hamburg Abend für Abend ausverkauft sind, hat uns Mut gemacht.

Herzlich Ihre

Annegret Witt-Barthel

LANDESVERBAND

Balltime
Wechsel
Impressum

2

TITEL

Tariflandschaft zerklüftet

4

PRESSERECHT

Big Brother darf nicht
gucken

6

SERVICE

Clever vorsorgen (Teil 1)
zum Herausnehmen

7

VERBANDSTAG

Angepasstes Kind
Ausgebremst

10

INFOS

Namen

11

RENTEN

Heiligenschein weg

12

ARBEITSKREISE

APÖ
AK Journalistinnen

13

SEMINARE

Start Up in 2003

14

INFOS

Termine

15

ERGEBNISLOSE VERHANDLUNGEN

EINBRÜCHE

DIE TARIFLANDSCHAFT ZERKLÜFTET

Die Zeitungsverleger im BDZV verweigerten sich auch in der jüngsten Verhandlungsrunde zum Gehaltstarif auf ganzer Linie. Außerdem besteht die Gefahr, dass in den Verlagen der Manteltarifvertrag mit Hilfe von Individualverträgen ausgehebelt wird. Hinzu kommt die Tatsache, dass mancher Verlag die Mitgliedschaft in seinem Verband aufgegeben hat, so dass nur noch Haustarife möglich sind. Die jahrzehnte lang geschlossene Tariflandschaft zerklüftet. Einbrüche tun sich auf. Aber die Redakteurinnen und Redakteure wehren sich.

Die Verlage wollen offensichtlich die Arbeitsbedingungen der Print-Redakteurinnen und -Redakteure

verschlechtern. DJV-Hauptgeschäftsführer Hubert Engeroff erklärte nach der sechsten, ergebnislos verlaufenen Verhandlung mit den Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) Mitte Dezember: „Die Verleger wollen die wirtschaftliche Lage der Verlage ausnützen, um Tarifverträge zu Lasten der Redakteurinnen und Redakteure abzuschließen.“

Nach den ersten fünf schwierig verlaufenen Verhandlungsrunden hatte der BDZV unter Verweis auf die wirtschaftlich schwierige Lage der Branchen zunächst eine Null-Runde gefordert und Gegenforderungen im Bereich des Manteltarifvertrags (MTV) gestellt. Erst nach Warnstreiks bot der BDZV eine Gehaltserhöhung von 2,1 Prozent an – allerdings mit einer Verzögerung von vier Monaten. Das entspricht einer tatsächlichen Erhöhung von 1,4 Prozent.

Obwohl die Gewerkschaften DJV und ver.di signalisiert hatten, im Interesse der Arbeitsplatzsicherung einen moderaten Abschluss mitzutragen, waren die Verleger nicht bereit, den von ihnen gekündigten Manteltarifvertrag (MTV) für das Jahr



2003 abzuschließen. Ziel ist es offensichtlich auch bei den Rahmenbedingungen wie Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Kündigungsfristen etc. Verschlechterungen vorzunehmen. Die Verleger begründen dies immer wieder mit der schlechten wirtschaftlichen Lage.

Mit Blick darauf hatte der DJV schon zu Beginn der Tarifverhandlungen das Angebot eingebracht, die Tarifverträge mit einer Öffnungsklausel zu versehen. Eine solche Regelung ermöglicht es, bei nachgewiesener wirtschaftlicher Notlage eines Verlages dort für einen befristeten Zeitraum Abstriche von den tarifvertraglichen Gewährleistungen vorzunehmen. Als Gegenleistung werden für den vereinbarten Zeitraum betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Überraschenderweise haben die Verleger offensichtlich kein Interesse an einer solchen Lösung.

Zur Situation nach der sechsten Verhandlungsrunde die zuständige DJV-Referentin Gerda Theile: „Eine Beschäftigungssicherungsklausel wurde von den Verlegern abgelehnt. Sie legten zwar einen Text vor, allerdings ist der weder rechtlich noch politisch akzeptabel. Denn nach den Vorstellungen der Verleger können die Betriebsräte alle Tarifmaterien verhandeln, und dies auch für einzelne Redakteursgruppen oder einzelne Ressorts. Die Betriebsräte sollen nach den Vorstellungen der Verleger keine Möglichkeit haben, Einblick in die wirtschaftliche Notwendigkeit der Verschlechterung zu nehmen. Der Betriebsrat sei lediglich rechtzeitig zu informieren, hieß es. Die Gewerkschaften ihrerseits sollten danach lediglich die Möglichkeit haben, die Betriebsräte zu beraten. Alle Probleme werden damit auf die Betriebsräte verlagert. Rechtlich gesehen kann ein Betriebsrat von den Tarifvertragsparteien nur ermächtigt werden, über bestimmte Materien zu verhandeln. Alle Materien dürfen den Betriebsräten nicht zur Verhandlung übertragen werden, da sie nach dem Gesetz nicht berechtigt sind, Tarifverträge abzuschließen. Die völlig inakzeptable Vorstellung macht deutlich, dass die Zeitungsverleger bei ihrer alten Linie geblieben sind: Sie wollen keine Beschäftigungssicherung.“ In den Verhandlungen war dieses Instrument als „eher hinderlich“ bezeichnet worden.

Die Position des BDZV zum Manteltarifvertrag bewertet DJV-Referentin Theile folgendermaßen: „Als besonders hartnäckig erwiesen sich die Verleger beim MTV. Sie sind nach wie vor nicht bereit, Rechtssicherheit zu schaffen. Sie wollen den Mantel im gekündigten Zustand belassen und lediglich ab Herbst kommenden Jahres verhandeln ...“

Zunächst meinten die Verleger, von diesem Problem seien doch nur die neu Eingestellten betroffen und da jetzt nicht die Zeit für Neueinstellungen gegeben sei, könnten die Gewerkschaften den Mantel in gekündigtem Zustand belassen. Als der DJV konterte, das gelte aber umgekehrt auch für die Verleger, wurde deren tatsächliches Ziel deutlicher: Wenn ein Tarifvertrag abgelaufen ist, kann jeder Einzelne auf tarifliche Konditionen per Unterschrift verzichten.“

Nach Auskunft der DJV-Referentin haben die Ver-

leger eingeräumt, dass es in manchen Mitgliedsverlagen zu einem solchen Vorgehen kommen könne. Es steht zu befürchten, dass der BDZV hier zunächst die Änderung individueller Arbeitsvertragsbedingungen durchsetzen und so Fakten schaffen will, bevor er in die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag eintritt. Nach Einschätzung des DJV will der BDZV beispielsweise die Fünf-Tage-Woche abschaffen und das Urlaubsgeld kürzen.

Der DJV-Gesamtvorstand wird sich im Januar 2003 mit der Tariflage befassen. Ein Termin für die siebte Verhandlungsrunde mit dem BDZV stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Aber neben den Schwierigkeiten bei den Flächentarifverhandlungen gibt es auch spezielle Probleme in der Hansestadt – bei der Hamburger Morgenpost. Der Verlag hatte – nachdem das Blatt 1999 von Gruner + Jahr an Frank Otto und Hans Barlach verkauft worden war – den BDZV verlassen. Nach diesem Schritt hatten DJV und ver.di mit dem Verlag einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Der Inhalt: Die Flächentarifverträge werden in vollem Umfang für die Beschäftigten der Zeitung übernommen. Sollten sich bei den Flächenverträgen Änderungen ergeben, sind sie auch für die „MoPo“ gültig – es sei denn, eine der Tarifvertragsparteien widerspricht im Rahmen einer kurzen Frist. Von diesem Widerspruchsrecht hat nun die Morgenpost mit Blick auf die Gehaltserhöhung der Verlagsangestellten Gebrauch gemacht.

Nach schwierigen Verhandlungen zwischen DJV und ver.di einerseits und dem Verlag andererseits ist es kurz vor Weihnachten gelungen, einen Abschluss zu erzielen, der als Kompromiss zu bezeichnen ist: Der Gehaltstarifvertrag für die Angestellten wird – zeitlich verzögert – mit Wirkung ab 1. Dezember 2002 von der Morgenpost übernommen.

Die Verhandlungen haben allerdings gezeigt, dass sich die Verlagsleitung offensichtlich von dem im Jahre 2000 abgeschlossenen Haustarifvertrag verabschieden will. Die gemeinsame Tarifkommission von DJV und ver.di war sich in der Bewertung der Gespräche einig: Der Morgenpost-Verlag will sowohl beim Gehalt als auch bei den Gewährleistungen der Manteltarifverträge erhebliche Abstriche zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vornehmen. Die Tarifkommission befürchtet, dass die Geschäftsleitung einen erneuten Versuch in diese Richtung in diesem Jahr unternehmen wird. DJV und ver.di sind jedoch nicht bereit, Verschlechterungen zu akzeptieren, ohne dass eine wirtschaftliche Notlage der Morgenpost nachgewiesen werden kann.

In einem Informationsflugblatt an die MoPo-Beschäftigten hieß es: „Im Rahmen der Verhandlungen ist deutlich geworden, dass die Gesellschafter sich sobald wie möglich von den Flächentarifverträgen . . . verabschieden wollen. Sogenannte „individuelle Lösungen“ sind häufig nur ein positiver Begriff für erhebliche materielle Abstriche“.

Vorstand und Beirat des DJV Hamburg werden sich in einer Sondersitzung mit der Tarifsituation befassen.



Foto: Udo Taubitz

Stefan Endter, Jurist und
Geschäftsführer LV Hamburg

Stefan Endter

BIG BROTHER DARF NICHT GUCKEN

In Hamburg wird der Verfassungsschutz auch künftig die Wohnungen unverdächtiger Journalisten nicht ausspähen dürfen – selbst dann, wenn sie in einem informationellen Kontakt mit Verdächtigen stehen. Dieser Schutz der Berufsheimnisträger ist Bestandteil des von der Bürgerschaft Ende November 2002 verabschiedeten neuen Verfassungsschutzgesetzes.

NACHRICHTEN

Innovationen im Stundentakt bietet der High-Tech-Presseclub HPC auf seinem 4. Pre-CeBIT-Event am 27. und 28. Januar im CCH. Dabei bekommen Journalisten wieder kompakteste Informationen über Neuheiten aus der Computer- und Handy-Welt, die auf der größten Computermesse der Welt vom 12. bis 19. März in Hannover zu sehen sein werden. Der HPC hat diese CeBIT-Vorschau speziell auf die Bedürfnisse der Presse zugeschnitten. Im stündlichen Wechsel präsentiert ein Unternehmen nach dem anderen seine CeBIT-Neuheiten. KollegInnen, die an dieser Kompakt-Veranstaltung teilnehmen möchten, müssen sich zuvor jedoch akkreditieren unter Fax 040-41352126 oder Email: haider@x-act-event.de (siehe auch unter „Termine“).

Prominente Journalisten haben mit evangelischen und katholischen Bischöfen erstmals in Hamburg öffentlich diskutiert. Themen waren die Werte der Medien und der Kirche. Die Diskussion in der Evangelischen Akademie stand unter dem Motto „Du sollst kein falsches Zeugnis geben...“. Annette Hillebrand, Geschäftsführerin der Akademie für Publizistik, moderierte die Veranstaltung.

Damit konnte sich der Hamburger Senat mit seinem Gesetzentwurf nicht durchsetzen, der die optische und akustische Wohnraumüberwachung auch bei unverdächtigen Berufsheimnisträgern erlaubten sollte, wenn die Betroffenen in Kontakt mit Verdächtigen stehen (*DJV-info* berichtete). Nach wochenlangen öffentlichen Debatten verabschiedete das Landesparlament die Novellierung in deutlich veränderter Form: Berufsheimnisträger dürfen nur zum Objekt einer optischen und akustischen Ausspähung werden, wenn sie selbst verdächtig sind. Andernfalls ist Lauschen und Zusehen nicht erlaubt. Auch die Eingriffsschwelle bei den übrigen Unverdächtigen wurde angehoben. Die Hamburger DJV-Landesvorsitzende, Dr. Annegret Witt-Barthel, wertete dies auch als Erfolg für den Deutschen Journalisten-Verband. „Es ist erfreulich, dass die Politik die Argumente der Berufsheimnisträger und Experten aufgenommen und eine Entscheidung im Lichte der Pressefreiheit getroffen hat“, sagte Dr. Witt-Barthel nach der Abstimmung in der Bürgerschaft. Gegen die Pläne des Senates hatte neben Hamburger Chefredakteuren auch eine Allianz aus DJV, Ärztekammer, Evangelischer und Katholischer Kirche, Hamburgischem Anwaltverein, Hanseatischer Rechtsanwaltskammer und ver.di ebenso prote-

tiert wie der Hamburger Datenschutzbeauftragte und der VDZ Nord. Die Allianz hatte ihre Position unter anderem im Rahmen einer Pressekonferenz dargelegt. DJV, Ärztekammer, Hamburgischer Anwaltverein, Hanseatische Rechtsanwaltskammer und ver.di informierten zudem jedes Mitglied der Bürgerschaft über die Bedenken. Zahlreiche DJV-Mitglieder schlossen sich mit Protestschreiben an die Bürgerschaftsfraktionen an. Die Kritik wurde im Rahmen einer Sachverständigen-Anhörung vor dem Rechtsausschuss der Bürgerschaft von namhaften Verfassungsrechtlern aufgegriffen, die alle Veränderungen am Senatsentwurf empfohlen hatten.

Journalisten, Geistlichen, Ärzten und Anwälten steht nach der Strafprozessordnung ein berufliches Zeugnisverweigerungsrecht zu. Das journalistische Zeugnisverweigerungsrecht resultiert aus dem besonderen Vertrauensverhältnis zu Informanten, das Bestandteil der Pressefreiheit ist. Vor diesem Hintergrund setzt sich der Deutsche Journalisten-Verband schon seit langem für eine Ausdehnung dieses Zeugnisverweigerungsrechts ein. Eine optische und akustische Wohnraumüberwachung von unverdächtigen Journalisten hätte dieses Recht ausgehöhlt.

Die Auseinandersetzungen um den Entwurf des Hamburger Senats haben den Blick einer breiteren Öffentlichkeit darauf gelenkt, dass der große Spähangriff bereits in zahlreichen Verfassungsschutz- und Polizeigesetzen verankert ist. Burkhard Müller-Sönksen, der Vorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion, kündigte auf Anfrage des *DJV-info* an, dass sich seine Fraktion in Hamburg und bundesweit für eine Änderung einsetzen werde. Müller-Sönksen: „Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, den Schutz der Berufsheimnisträger nach dem Vorbild der Hamburger Regelung im Verfassungsschutzgesetz sowohl im Hamburger Polizeigesetz als auch in anderen Verfassungsschutz- und Polizeigesetzen sicherzustellen.“

Stefan Endter



ALTERSVERSORGUNG MIT STAATLICHER FÖRDERUNG (TEIL 1)

CLEVER VORSORGEN

Die demografische Entwicklung führt zu ständig neuen Sozialreformen oder genauer: Kürzungen in der Sozialversicherung (Riesterrenten/ neue Rürup-Kommission). Davon am Stärksten betroffen ist die gesetzliche Rentenversicherung.

Gehen die offiziellen Zahlen bei einem Eckrentner von einem Nettorentenniveau von 67 % aus, halten viele ein Niveau von 45 - 50 % des Nettoeinkommens für realistisch. Grund ist unter anderem, dass es den in offiziellen Berechnungen zugrunde gelegten Eckrentner mit 45 Beitragsjahren und einem Verdienst der dem Durchschnittsverdienst der Bevölkerung entspricht, nur äußerst selten gibt. Private Vorsorge ist daher wichtig, aber auch teuer. So werden ca. 180.000 € an Kapital benötigt, um im Alter von 65 über eine Rente von 1.000 € zu verfügen. Um Altersarmut zu vermeiden, werden Anreize zum Sparen geschaffen: Zum einen wird der

gesetzts allerdings, der Ehegatte hat selbst einen eigenen Riestervertrag.

Angestellte sollten zunächst sorgsam die Chancen ausloten, die sich mit den Änderungen im Betriebsrenten- und Altersvermögensgesetz bieten. Das Wirtschaftsmagazin „Capital“ hat in seiner Ausgabe 22/2002 dargestellt, bis zu welchem Gehalt die Riesterrente gegenüber der betrieblichen Altersversorgung vorteilhafter ist. Angegeben ist das Jahresbruttoeinkommen.

Beiträge zu einer Riesterrente können als zusätzliche (!) Sonderausgaben im Rahmen der Einkommensteuererklärung (§ 10a EStG) geltend gemacht werden. Bei Geringverdienern oder Personen mit mehreren Kindern ist die gewährte Grund- und Kinderzulage sogar in vielen Fällen höher als der Steuervorteil.

Im Rentenalter gibt es eine nachgelagerte volle Besteuerung. Mit dem Abschluss einer Riesterrente verschieben sich Einkommensanteile aus der Phase des Erwerbslebens ins Rentnerleben. Da die Einkünfte in der Phase des Erwerbslebens meist deutlich über denen im Rentenalter liegen, sollte eine solche Verschiebung vorgenommen werden.

Zahl der Kinder	Single	Ehepaar erwerbstätig	
		Beide	Einer
Bis zu diesem Einkommen lohnt Riester im Jahr 2002			
0	10.500 Euro	21.000 Euro	19.600 Euro
1	16.100 Euro	27.000 Euro	26.200 Euro
2	25.300 Euro	32.800 Euro	33.000 Euro
3	31.400 Euro	38.100 Euro	37.300 Euro
Bis zu diesem Einkommen lohnt Riester ab 2008			
0	11.400 Euro	22.800 Euro	22.100 Euro
1	18.000 Euro	29.300 Euro	28.700 Euro
2	26.200 Euro	34.200 Euro	33.700 Euro
3	33.300 Euro	43.900 Euro	43.600 Euro

Quelle: Capital 22/2002 und Trend Software

Aufbau der privaten Altersversorgung jetzt staatlich gefördert (Riesterrente). Zum anderen sind die Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung erheblich erweitert worden.

I. Riesterrente

Für wen lohnt die Riesterrente ?

Freie Journalisten, die rentenversicherungspflichtig (zum Beispiel KSK) sind, sollten generell auf dieses Angebot zurückgreifen. Denn Freie haben ansonsten kaum eine Möglichkeit, Dritte an den Aufwendungen für ihre private Altersversorgung zu beteiligen. Äußerst lohnenswert ist die Riesterrente auch für nicht berufstätige Ehepartner von rentenversicherungspflichtigen Personen. Sie müssen lediglich einen so genannten Zulagenvertrag abschließen, der allein durch staatliche Subventionen gespeist wird – ganz ohne eigene Beiträge. Voraus-

Für wen lohnt eine Riesterrente nicht ?

1. Personen, die im Rentenalter mit höheren Einnahmen rechnen (weil beispielsweise geerbt wird), sollten keine Riesterrente abschließen !
2. Nach bisherigem Stand sind die Zulagen zurückzahlen, wenn man im Ruhestand seinen Wohnsitz dauerhaft ins Ausland verlegt. Wer solche Pläne hat, sollte mit einem Abschluss warten. Vor dem Europäischen Gerichtshof liegt diesbezüglich bereits eine Klage vor. Allerdings bleiben die selbst eingezahlten Beiträge natürlich erhalten.
3. Personen, die bei der Kapitalanlage gesteigerten Wert auf eine komplette Einmalzahlung legen oder das Kapital jederzeit abrufbereit wünschen, sollten ebenfalls vorsichtig sein: Bei einer vorzeitigen Kündigung sind sämtliche Zulagen zurückzahlen.

Wie viel sollte eingezahlt werden ?

Ein Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens des Vorjahres muss man zurücklegen können. Dieser Prozentsatz steigt alle zwei Jahre weiter um einen Prozent bis auf vier Prozent im Jahre 2008. Allerdings sind bei niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen (beispielsweise bei einigen KSK-Mitgliedern) bestimmte Mindesteigenbeiträge zu zahlen.

Jahr	Grundzulage	Kinderzulage je Kind	Mindesteigenbeitrag in %	Mindesteigenbeitrag für kinderlose absolute Zahl	Mindesteigenbeitrag bei einem Kind	Mindesteigenbeitrag bei 2 und mehr Kindern	Maximal geförderter Betrag pro Jahr
2002 - 2003	38 Euro	46 Euro	1	45 Euro	38 Euro	30 Euro	525 Euro
2004 - 2005	76 Euro	92 Euro	2	45 Euro 90 Euro	38 Euro 75 Euro	30 Euro 60 Euro	1.050 Euro
2006 - 2007	114 Euro	138 Euro	3	90 Euro	75 Euro	60 Euro	1.575 Euro
Ab 2008	154 Euro	185 Euro	4	90 Euro	75 Euro	60 Euro	2.100 Euro

Quelle: Bundesarbeitsministerium www.bma.de

Pro Person soll es ab 2008 einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 154 € geben, pro Kind gibt es zusätzlich 185 €. Bei einer vierköpfigen Familie kann der Zuschuss daher 678 € pro Jahr betragen. Den Zuschuss für die Kinder erhält im Übrigen üblicherweise die Person, die Kindergeld bekommt und bei der die Kinder wohnen. Bei Besserverdienern kommt ggf. ein automatischer Sonderausgabenabzug zum Tragen.

Generell ist es zu empfehlen, die Höchstbeträge auszuschöpfen, weil auf jeden Fall der Sonderausgabenabzug greift. Sollte die Zulagenförderung (Grund- und Kinderzulage) höher sein als die Steuerersparnis, käme die höhere Fördersumme zum Tragen. Ausnahme: Wer derzeit keine Steuern zahlt, sollte lediglich ein Prozent des rentenversicherungspflichtigen Einkommens anlegen, um die staatliche Zulage mitzunehmen. Und soviel ist einzuzahlen. Beispiel:

1. Einzahlung des Maximalbetrags für 2002, Mann, verheiratet, 1 Kind, Frau Hausfrau (nicht in der Elternzeit). Berechnung:

Höchstbeitrag minus Grundzulage Mann minus Grundzulage Frau minus Grundzulage Kind $525 - 38 - 38 - 46 = 403$ €

2. KSK-Mitglied, KSK-Einkommen 2001 von 10.000 € möchte nur den Minimalbetrag einzahlen, ledig, ohne Kinder, Berechnung:

KSK-Einkommen des Vorjahres x 1 % (in 2002) minus Zulagen

$10.000 \text{ €} \times 1 \% = 100 \text{ €}$ minus Grundzulage 38 € = 62 € Eigenbeitrag

Vor- und Nachteile von Riesterprodukten**Vorteile:**

Staatliche Förderung – der privaten Altersversorgung (zum Beispiel eines Fondssparplanes) mit Steuerabzug oder Zulagen.

Kostenvorteile – für DJV-Mitglieder und deren Ehegatten bei Abschluss über das Presseversorgungswerk (Lebensversicherung) oder bei der DWS (Fondssparplan). Angebote können im Internet unter www.djv.de/service/versicherungen angefordert werden.

Erhöhte Transparenz – Während die Kosten bei

einer herkömmlichen Lebensversicherung für Laien nicht nachvollziehbar sind, müssen Anbieter von Riesterprodukten die Kosten offen legen.

Verbot der Zillmerung – Bei herkömmlichen Lebensversicherungen wird in der Regel eine Vertreterprovision auf die Summe der gesamten künftigen Sparbeiträge gezahlt. Dies führt dazu, dass in vielen Fällen nach dem ersten Jahr überhaupt noch kein Guthaben gebildet wird und in den ersten Folge-

jahren bei einer Kündigung noch nicht einmal die eingezahlten Beiträge ausgezahlt werden. Dies ist Folge des so genannten Zillmerverfahrens. Bei Riesterprodukten darf nicht „gezillmert“ werden. Die Vertragsabschluss- und Vertriebskosten müssen auf mindestens zehn Jahre oder prozentual über die gesamte Laufzeit verteilt werden. Folge: Von Anfang an wird ein höheres Guthaben gebildet, das auch gleich verzinst wird.

Keine Anrechnung bei Sozialhilfe – Befindet man sich in einer finanziell schlechten Situation und ist auf Sozialhilfe angewiesen, wird das Guthaben einer herkömmlichen Lebensversicherung oder eines Fondssparplanes auf die Sozialhilfe angerechnet. Bei Riesterprodukten darf das Guthaben dagegen nicht angetastet werden.

Nachteile:

Kapitalzahlung – Generell ist keine einmalige Kapitalauszahlung möglich; jedoch 20 Prozent einmalig bei Renteneintritt.

Nachgelagerte Versteuerung – Riesterrenten werden im Alter voll versteuert, wenn die Grundfreibeträge überschritten werden. Renten aus einer privaten Rentenversicherung werden derzeit nur mit dem so genannten Ertragsanteil versteuert. Das heißt: Bei einem 65-Jährigen, der eine Rente von 1.000 € bezieht, werden nur 270 € der Steuerpflicht unterworfen. Zinserträge aus anderen Geldanlagen sind, sofern die Sparerfreibeträge und Grundfreibeträge überschritten werden, ebenfalls voll steuerpflichtig

Kostennachteil – Umfangreiche gesetzliche Verwaltungsvorschriften verteuern vor allem bei den Angeboten aus der Versicherungswirtschaft oftmals die Produkte. Einige Anbieter stellen sehr hohe Kosten in Rechnung, wenn der Vertrag vorzeitig gekündigt oder auf einen anderen Anbieter übertragen wird. Dieser Nachteil kann allerdings mit Beitragsfreistellung des Vertrages umgangen werden

Ausland – Zulagen müssen bei einem späteren Wegzug ins Ausland nach derzeitigem Recht zurückgezahlt werden.

Vererbung – Bei Tod vor Rentenbeginn müssen die Erben die staatliche Förderung zurückzahlen. Ausnahme: Ehegatten, die einen eigenen Riestervertrag besitzen, können das gesamte Guthaben ohne Kür-

zung auf ihren Vertrag übertragen.

Welcher Riester-Vertrag eignet sich für wen ?

Die Zeitschrift „Finanztest“ hat in ihrer Ausgabe 6/2002 untersucht, welches Riesterprodukt zu wem

nächst nur 525 € pro Jahr gefördert.

Vorteilhaft auch, dass auf den umgewandelten Betrag bis zum Jahr 2008 keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. Finanziert der Arbeitgeber die Beiträge, werden Sozialversiche-

Alter des Sparers	Banksparrpläne	Fondssparpläne			Rentenversicherungen		
		defensiv	ausgewogen	offensiv	klassisch	Anlage der Überschüsse in Fonds	Gesamtanlage fondsorientiert
30-jährige	→ bedingt geeignet	→ bedingt geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet	→ bedingt geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet
45-jährige	→ bedingt geeignet	→ bedingt geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet	↑ geeignet
55-jährige	↑ geeignet	↑ geeignet	→ bedingt geeignet	↓ nicht geeignet	→ bedingt geeignet	→ bedingt geeignet	↓ nicht geeignet
Möglicher Wechsel bei Kapitalverlust in einen anderen Vertrag	Nein, da Anlagekapital komplett angelegt und verzinst wird.	Nein, da kontinuierliche Wertentwicklung und Kostenverteilung über die gesamte Laufzeit	Ja, je nach Höhe des Aktienanteils sind Verluste möglich.	Ja, in schlechter Börsenphase sind Verluste möglich.	Ja, bei Tarifen in denen die Vertriebskosten nur über 10 Jahre verteilt werden sowie bei hohen Wechselkosten	Ja, bei Tarifen, in denen die Vertriebskosten nur über 10 Jahre verteilt werden sowie bei hohen Wechselkosten. Außerdem sind je nach Höhe des Aktienanteils in Fondsinvestment in schlechten Börsenphasen Verluste möglich.	

Quelle: Finanztest

passt. „Wichtig ist für die Auswahl vor allem, wie viel Zeit der Sparer bis zum Ruhestand hat“, so lautet die Devise. Außerdem spielt die individuelle Risikoneigung eine Rolle.

II. Betriebliche Altersversorgung (BAV)

Arbeitnehmer haben seit dem 1. Januar 2002 erstmals einen Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung, sofern im Tarifvertrag eine entsprechende Öffnungsklausel vorgesehen ist. Bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung (2002 = 2.160 €) können umgewandelt werden – ein Vorteil gegenüber der herkömmlichen Riesterrente, bei der erst ab 2008 die volle Förderung greift. Dabei stehen dem Arbeitnehmer grundsätzlich fünf verschiedene Durchführungswege der BAV zur Verfügung:

Pensionskasse, Pensionszusagen, Unterstützungskasse, Direktversicherung, Pensionsfonds.

Zur Durchführung der BAV muss der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer einen Pensionsfonds oder eine Pensionskasse anbieten. Einigen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht auf einen gemeinsamen Weg, so kann der Arbeitnehmer verlangen, dass die Entgeltumwandlung auf jeden Fall als Direktversicherung abgewickelt wird.

Staatlich gefördert wird die betriebliche Altersversorgung unter folgenden Aspekten:

Es gilt Steuerfreiheit der Beiträge nach § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz (EStG) (so genannte Eichel-Förderung). Beiträge, die der Arbeitgeber abführt sind steuerfrei – bis zu 2.160 € pro Jahr. Die Rente wird aber im Rentenalter voll besteuert. Die Ersparnis liegt in der Regel darin, dass der Steuersatz im Erwerbsleben über dem im Rentnerleben liegt.

Vorteile: Im Gegensatz zur Riesterrente wird die Steuerersparnis bereits im Monat der Beitragszahlung realisiert und nicht erst, wie bei der Riesterrente, im Zuge der Einkommensteuererklärung. Außerdem können bis zu 2.160 € pro Jahr umgewandelt werden, bei der Riesterrente werden zu-

rungsbeiträge auch über 2008 hinaus gespart. Beim Wegzug ins Ausland benötigt man einen Freistellungsbescheid vom Finanzamt, der der Rentenstelle vorgelegt wird. Dann kann die Rente auch im Ausland bezogen werden, muss jedoch dann vermutlich dort versteuert werden. Die Leistungen der Pressepensionskasse sind deutlich höher als bei vergleichbaren Produkten.

Etwas nachteilig dagegen sind die Regelungen zur Vererbung. Das vorhandene Guthaben kann nur an den Ehegatten, die Kinder oder Verwandte ersten Grades (Eltern, Geschwister) vererbt werden. Soll das Guthaben an Dritte vererbt werden, so erhalten diese lediglich ein Sterbegeld in Höhe von 7.660 €. Pauschalbesteuerung nach § 40b Einkommensteuergesetz (EStG): Beiträge bis zu 1.752 € werden nur mit 20 Prozent (zzgl. anteilig Solidaritätsabgabe und Kirchensteuer) pauschal versteuert. Wird der Beitrag einmal pro Jahr aus einer Sonderzahlung geleistet (zum Beispiel Weihnachtsgeld) entfallen bis 2008 die darauf gegebenenfalls zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge.

Vorteil der pauschalversteuerten Variante: Mit frühestens 60 kann eine einmalige steuerfreie (!) Kapitalzahlung erfolgen. Steuerlich interessant ist die Förderung, wenn der individuelle Steuersatz über dem Pauschalsteuersatz von 20 Prozent liegt. Wird die Kapitalzahlung anschließend verrentet, wird die Rente nur mit dem so genannten Ertragsanteil versteuert. Allerdings zeigen Berechnungen, dass bei der Pensionskassenlösung in den meisten Fällen (trotz der höheren Besteuerung im Rentenalter) eine höhere Förderungsquote in Anspruch genommen werden kann. Guthaben aus einer pauschal versteuerten Direktversicherung sind frei vererbbar.

Bitte lösen Sie diese Heftmitte zum Archivieren heraus. Ein Download aus dem DJV-info-Heft (im Internet unter www.djv-hamburg.de) ist auch möglich.

Teil 2 folgt in Heft 2/03

STRUKTURREFORM DES DJV

ANGEPASSTES KIND

Sie war längst überfällig und dennoch war es eine schwere Geburt:

Die Strukturreform des DJV ist da. Ein angepasstes Kind, das der Bundesverbandstag in Chemnitz in aufwändigen Diskussionen und mit Kompromissen zwischen den Landesverbänden in die Welt gesetzt hat (siehe Journalist 12/2002 und die nebenstehenden Beobachtungen der Kollegin Dorothea Klupp). Zum Laufen allerdings müssen die Landesverbände das Kind selber bringen, denn getreu dem föderalen Prinzip des DJV sind sie autonom.

Die Reform zielt darauf, die Zusammenarbeit innerhalb des Verbands effizienter zu koordinieren, den Service für die Mitglieder bundeseinheitlich zu gestalten und den DJV in der Außendarstellung wie bei Kampagnen schneller und schlagkräftiger zu machen. Darin waren sich die Delegierten der 16 Landesverbände und der Bundesvorstand in der

Die Delegierten vom Hamburger LV bei der Abstimmung. Reicht es für die nötige Zweidrittel-Mehrheit? Stefan Endter (4. v. r., stehend) muss, wie alle anderen Landes-Geschäftsführer, auszählen.

Abstimmung einig. Im einzelnen soll

- es eine einheitliche Mitgliederverwaltung für alle Landesverbände geben. Damit können zum Beispiel für einen Fachkongress bundesweit alle entsprechenden Mitglieder gezielt eingeladen oder über die Landesverbandsgrenzen hinweg mit spezifischen Informationen versorgt werden.

- in allen Landesverbänden ein einheitlicher Rechtsschutz gewährleistet werden. Der DJV will den Mitgliedern unabhängig vom Standort einen verlässlichen Service auch in der juristischen Beratung und Vertretung bieten. Die fallen trotz bundeseinheitlicher Rechtsschutzordnung in den einzelnen Landesverbänden noch sehr unterschiedlich aus.

- der DJV einheitliche Beiträge einrichten. Motto: Gleicher Beitrag für gleiche Leistung. Das klingt einfacher als es ist. Denn es gibt reiche und arme Landesverbände, Medienstandorte und strukturschwache Regionen. Ein Länderfinanzausgleich muss ausgetüfelt und eine Beitragsgerechtigkeit errechnet werden.

- der DJV mit einem einheitlichen Erscheinungsbild auftreten, wobei die spezifischen Belange der Landesverbände berücksichtigt werden. Wo DJV drin ist, soll allerdings unabhängig vom Landesverband auch erkennbar DJV draufstehen.

- die Bundesgeschäftsstelle mit dem bereits eingerichteten Hauptstadtbüro in Berlin zusammengelegt werden. Für diese Entscheidung ist der Bundesverbandstag als höchstes Entscheidungsgremium zuständig – und zwar in diesem, spätestens im nächsten Jahr.

Der Katalog zeigt dreierlei: Erstens wird keineswegs die Struktur des DJV *reformiert*, sondern innerhalb der Zuständigkeiten *modernisiert*. Zweitens gelingt die Balance, die Autonomie der Landesverbände (deren Gefährdung die „Südverbände“ befürchteten) zu wahren und zugleich eine gemeinsame Basis für Verwaltung, Leistung und Präsentation einzurichten. Drittens handelt es sich zum guten Teil um Selbstverständlichkeiten, die eigentlich keiner groß angelegten Debatten bedurft hätten. Dieser Punkt ist von Kritikern der Strukturreformkommission eingebracht worden. Nicht ganz falsch – aber: Ohne diese Debatten und die Kommission wären nicht einmal die Selbstverständlichkeiten auf den Weg gebracht worden. Auch das hat Chemnitz gezeigt.

Der DJV Hamburg hat die Reform auf dem Verbandstag vor zwei Jahren per Antrag angeschoben. Das verpflichtet. Wir haben in Chemnitz viel dazu beigetragen, zwischen den sehr kämpferischen Verfechtern der Gegenpositionen zu vermitteln. Und wir haben uns mit den Nachbarverbänden Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern darauf verständigt, die Neuerungen im Nordverbund umzusetzen. Beim nächsten Treffen im Februar werden die praktischen Schritte verabredet.

Annegret Witt-Barthel



Foto: H.-J. Odrowski

AUS- GEBREMST

Wir wollten den Verlegern die Zähne zeigen, hatten sie aber leider zu Hause im Wasserglas vergessen. Und deshalb beschäftigten wir uns lieber mit uns selbst.

Anders kann ich mir nicht erklären, dass es eine knappe Handvoll KollegInnen auch in Chemnitz wieder schaffte, uns als politisch denkende JournalistInnen mit Haarspaltereien – als Anträge getarnt – in unseren wirklich wichtigen Anliegen auszubremsen. Und sie lösten damit eine Lähmung des Verbandstags aus, die wir uns einfach nicht mehr gefallen lassen dürfen.

Geld für unnötige Kopien und Tischvorlagen mit höchstens zwei Ergänzungs-Sätzchen . . . Als Krönung wurden die vier Selbstdarsteller unterschiedlichen Geschlechts, die zum Schluss ermattet nur noch um die Länge der hinzuzufügenden Gedankenstriche kämpften, auch noch mit Beifall belohnt. Nur weil sie endlich zustimmten – in einer Sache, die eigentlich in 15 Minuten hätte erledigt werden können.

Tja, da frage ich mich doch, wer nimmt uns denn noch ernst? Wollen wir damit vielleicht die Verleger das Fürchten lehren? Wo bleibt der Mut zur Wut? Wer spricht über die operierten KollegInnen, die noch in der Narkose einer finanziellen Abfindung schlafen? Da haben sich KollegInnen in Solidarität extra vor ihren Redaktionen die Zeit für den Verbandstag freigeschaufelt, um etwas zu bewirken. Und dann??

Dann wird ein Antrag für ein Gänsefüßchen in der Zusatz-Satzung der dritten Fassung einer Zusatz-Satzung nach der letzten Zusatz-Satzungsnovelle von vor drei Jahren nachgeliefert. Und wir machen „Winke winke“ mit einem roten Zettel, damit wir auf der Prunksitzung vom Elferrat endlich als noch anwesend wahrgenommen werden und uns einbilden, aktiv am Geschehen teilgenommen zu haben. Und zur gleichen Zeit werden weitere Stellen abgebaut und Redaktionen geschlossen und Leute enteignet, die sich vielleicht gerade ein Heim für ihre kleine Familie geleistet haben. Hätten Macher wie Gräfin Dönhoff oder Rudolf Augstein damals, als es noch schick war, wirklich etwas zu bewegen statt auszubremsen, nicht mit der Faust auf den Tisch gehauen? Sie waren wirkliche Arbeitsbeschaffer, keine Zeitklauer.

Aber auf welchen Tisch könnten wir denn heute hauen? Wie kann man denn in den Redaktionen sein Rest-Rückgrat zeigen, wenn wir schon auf dem eigenen Verbandstag einknickend resignieren und so ein Gebaren der persönlichen Eitelkeiten zulassen, dulden oder sogar mit Beifall honorieren?

Dorothea Klupp

NAMEN

Das im Jahreszeiten Verlag erscheinende Do-it-yourself-Magazin „selber machen“ hat seit Januar einen neuen Chefredakteur: **Thomas Mauz**. Der 38-jährige ist Nachfolger von **Harald Apelt** (48), dessen Stellvertreter Mauz knapp zwei Jahre gewesen ist. Apelt schied aus dem Jalag zum 31. Dezember 2002 aus und wird Chefredakteur von „tauchen“.

Peter Zerbe hat nach mehr als 30 Jahren seine tägliche Redaktionsarbeit im Axel Springer-Verlag beendet. 26 Jahre seiner Springer-Zeit waren im Wirtschaftsressort der „Welt“ Schifffahrt, Luftfahrt und Bahnfahrt seine Themen. Über sie wird der 61-jährige als freier Autor weiterhin für das Blatt schreiben. Daneben engagiert sich Peter Zerbe seit Jahren im Beirat des DJV-Landesverbands Hamburg.

Prof. Jobst Plog wurde vom französischen Minister für Kultur, **Jean-Jacques Aillagon**, mit dem Kulturorden „Les Arts et les Lettres“ ausgezeichnet. Der Minister ehrte damit den NDR-Intendanten, der bis Jahresende auch Arte-Präsident gewesen ist, für „sein großes Engagement für den europäischen Kulturkanal Arte und die Beziehungen beider Länder im Medienbereich“.

Monika Kabay, Redakteurin im Axel Springer-Verlag und dort freigestellte Betriebsrätin, wurde ehrenamtliche Richterin am Finanzgericht Hamburg. Der von der Bürgerschaft für das Finanzgericht bestellte Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter hat Monika Kabay, die dem Vorstand des DJV-Landesverbands Hamburg angehört, für die kommenden drei Jahre gewählt.

Wolfgang Fürstner, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) äußerte in einem Interview mit der „Welt“ über die Krise bei den Zeitschriften-Verlagen zum Thema neue Konkurrenten in Gestalt von Aldi etc. unter anderem dies: Werbungtreibende könnten eventuell zum Inserieren in diesen Blättern genötigt sein, damit sie ins Sortiment aufgenommen würden. Es entwickelten sich hier Strukturen, die die journalistische Unabhängigkeit auflösten, die bei einem Handelshaus gar nicht gewollt sei. Und dann (Zitat): „Außerdem sind derzeit Journalisten wohlfeil an jeder Ecke zu haben. Man kauft sich welche, die froh sind, einen Job zu haben. Damit gerät das journalistische Ethos in Gefahr.“

Dr. Jörn Arfs übernahm zum Jahresbeginn die Leitung des Stabsbereichs Öffentlichkeitsarbeit der Handelskammer Hamburg. Er hat **Dr. Roland Rückel** abgelöst, der nach 18 Jahren an der Spitze dieses Bereichs in den Ruhestand ging. Arfs ist gelernter Journalist, arbeitete unter anderem bei SAT.1 und „Welt am Sonntag“ und leitete anderthalb Jahre in der Handelskammer die Abteilung Kammer-Publikationen.

Christian Delbrück beendet seine Zeit als Sprecher der Geschäftsführung der Motor-Presse Stuttgart und wird wieder vom Axel Springer Verlag sein Salär beziehen. Wenn er „zum frühest möglichen Zeitpunkt“ in diesem Jahr in das Springer-Haus zurückgekehrt ist, wird der 58-jährige die Verlagsgeschäftsführung beim „Hamburger Abendblatt“ und bei der Regionalzeitungsgruppe Hamburg übernehmen. Delbrück sitzt dann auf dem Platz von **Michael Meyer-Böhm**, und zum 1. Oktober 2003 soll der Heimkehrer dann **Peter Kruse** als „Abendblatt“-Herausgeber nachfolgen, der sich in den Ruhestand verabschieden wird.

Anne Coppenrath, seit 1999 Chefredakteurin von „Brigitte Young Miss“, will sich neuen Aufgaben widmen und verlässt „im gegenseitigen Einvernehmen“ das Blatt. „Young Miss“-Herausgeberin **Anne Volk** übernimmt so lange die Leitung der Gruner+Jahr-Zeitschrift, bis die Nachfolge geregelt ist.

Peter Ploog (60), Chefredakteur der beiden Gruner+Jahr-Publikationen „Essen & Trinken“ und „Schöner Essen“ hat den Verlag in Richtung Ruhestand verlassen. Mit Beginn des neuen Jahres hat **Martin Lagoda** diese Aufgaben übernommen. Der 50-jährige war 2000 zu G+J als Ressortleiter Küche bei „Living at home“ gekommen.

Jan Henne de Dijn ist bei der Hamburg Media School (HMS) neuer Geschäftsführer. Er kommt von Home Shopping Europe, wo er fünf Jahre tätig gewesen ist. Davon war er beim WDR, der DFA und QVC. Die HMS bietet moderne und international ausgerichtete Studiengänge an, sie wird von Staat und Wirtschaft gleichermaßen getragen.

NACHRICHTEN

Neuer Journalistenpreis ausgeschrieben: Die „Andere Zeiten – Initiativen zum Kirchenjahr e.V.“, Hamburg, schreibt in diesem Jahr erstmals den mit insgesamt 5.000,- Euro dotierten „Andere Zeiten Preis“ aus. Das Thema der Ausschreibung ist „Sonntag“. Mit dem Preis will der Verein JournalistInnen auszeichnen, die sich in beachtenswerter Weise mit Themen des Kirchenjahres beschäftigt haben. Die Beiträge müssen zwischen 1. Januar und 30. April 2003 veröffentlicht sein. Einsendeschluß ist der 30. Juni 2003. Mehr unter Info@anderezeiten.de oder www.anderezeiten.de.

Die Internationale Gartenbauausstellung, die 2003 von Rostock ausgerichtet wird, hat sich den NDR als Medienpartner ins Boot geholt. Von der IGA wird dazu eigens ein Studio eingerichtet, das dem NDR zur Verfügung steht. Die 160 qm können aber auch von anderen ARD-Anstalten genutzt werden.

Seit Dezember hat die „Netzeitung“ ihr Nachrichtenportal erweitert. Die Redaktion produziert jetzt Radionachrichten und -beiträge für traditionelle Medien. Ein potentieller Abnehmer ist schon da: Klassik Radio, das inzwischen kaum noch eine eigene Redaktion unterhält. Die „Netzeitung“ liefert unter anderem Nachrichten, bunte Beiträge, Börsen-Infos, und für das regionale Klassik Radio-Programm in Hamburg auch Wetter- und Verkehrsnachrichten. Demnächst sollen die Meldungen auch ÖTöne enthalten.

Augenscheinlich klagt die Rundfunkbranche zu Unrecht über Umsatzeinbußen, wenn man die öffentlich-rechtlichen Anstalten betrachtet. Sie erhöhen ihre Ausgaben freiweg weiter: Im Wirtschaftsplan des NDR ist für 2003 eine Steigerung von 1,7 Prozent auf 973,6 Mill. Euro ausgewiesen. Demgegenüber kalkuliert der NDR mit einem Verlust von 1,4 Mill. Euro.

RENTEN AUS DEM VERSORGUNGSWERK DER PRESSE



HEILIGENSCHWEIN WEG

Das war keine frohe Neujahrsbotschaft vom Versorgungswerk der Presse. Mit der im vergangenen Jahr Ende Dezember versandten Renteninformation kam diesmal die bittere Nachricht, dass die Versorgungsbezüge ab dem 1. Januar 2003 geringer ausfallen als noch im Sommer vergangenen Jahres angekündigt. Ein Teil der Rentnerinnen und Rentner muss sogar Kürzungen bis zu 10,5 Prozent hinnehmen.

Der Grund: Wegen der misslichen Lage auf den Kapitalmärkten musste die Überschussbeteiligung für 2003 gegenüber 2002 um einen zusätzlichen Prozentpunkt gesenkt werden. Mit dieser weiteren Verschlechterung der Entwicklung hatte noch auf der Hauptversammlung des Versorgungswerks der Presse am 10./11. Juni 2002 in Rostock-Warnemünde niemand gerechnet. Auch die Vertreter der versicherten Journalisten waren deshalb damals davon ausgegangen, dass die Überschussbeteiligung für 2003 gegenüber 2002 unverändert bleibt.

Konkret hätte dies bedeutet, die Empfänger der Altersversorgung, die sich für die Zusatzrente entschieden hatten, erhielten 2003 die gleiche Erhöhung wie im Vorjahr. Sie hätte bei den Zusatzrenten, die vom 1. Oktober 1997 an abgeschlossen wurden, wieder 2,2 Prozent, bei den Versicherungen dieser Art vor dem 1. Oktober 1997 erneut 1,6 Prozent betragen. Für die elf Prozent der Rentner, die die um 30 Prozent höhere Anfangsrente (Wachsende Überschussrente) gewählt hatten, wäre es allerdings 2003 wie auch schon 2002 zu einer „Null-Runde“ gekommen. Von diesen relativ günstigen Aussichten konnte Ende vergangenen Jahres keine Rede mehr sein.

Auf einer Sondersitzung der Gesellschafter des Versorgungswerks am 11. Dezember 2002 in Stuttgart kam die ernüchternde Nachricht, dass die Überschussbeteiligung für 2003 doch um einen Prozentpunkt redu-

ziert werden muss. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass vom 1. Januar 2003 an die Zusatzrenten nach dem 1. Oktober 1997 nur noch um 1,3 und die Versicherungen aus der Zeit davor lediglich um 0,4 Prozent angehoben werden konnten.

Wesentlich schlechter sieht es bei der Wachsenden Überschussrente aus. Je nachdem, wann diese Verträge gültig wurden, kam es zu einer unterschiedlichen Kürzung. In der Praxis sind diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die erst kürzlich in den Genuss dieser Altersversorgungsart kamen, am stärksten betroffen. Bei Rentnern, die schon länger in den Genuss dieser Versorgungsbezüge kommen, war der Kürzungsanteil entsprechend geringer. Die höchste Reduzierung von 10,5 Prozent trifft Rentner, die mit 60 in den Ruhestand getreten sind.

Das Gespenst der Rentenkürzung, über das auch schon bei der vorigen Erhöhung spekuliert wurde, ist damit Wirklichkeit geworden. Die Begründung des Versorgungswerks: Mit der um 30 Prozent höheren Anfangsrente haben diese Rentner praktisch schon im Vorwege eine Erhöhung gegenüber den Beziehern der Zusatzrente erhalten. Die Kürzung hätte eigentlich auch schon für 2002 vorgenommen werden müssen, das hatte jedoch damals noch vermieden werden können.

Nicht ganz so hart trifft es die Rentner der Versorgungskasse. Für sie bleibt es bei dem Beschluss der Hauptversammlung vom Juni 2002 in Rostock-Warnemünde. Das heißt: Die Rentensteigerung wird lediglich von 4 auf 3,3 Prozent reduziert. Ob sich dieser Satz auch für das Jahr 2004 halten lässt, bleibt abzuwarten.

Die Sondersitzung der Gesellschafter des Versorgungswerks am 11. Dezember 2002 hat den weiteren Verschlechterungen der Wachsenden Überschuss- und der Zusatzrente bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Allerdings kam auf dieser Sitzung auch wiederholt das Unbehagen der Vertreter der Versicherten über diese anhaltend negative Entwicklung zum Ausdruck. Der Sitzungsleiter, DJV-Hauptgeschäftsführer Hubert Engeroff, brachte es auf den Punkt: „Es gibt bei der Entwicklung der Versorgungswerk-Renten keine Stabilität mehr. Die Zeit des Heiligenscheins der Presseversorgung ist vorbei“.

Werner Lüchow

APÖ

INNOVATIVER CHANNEL HARBURG

T-Mobile Deutschland hatte den Arbeitskreis Presse- & Öffentlichkeitsarbeit zu einem Besuch in den Channel Harburg eingeladen, ins boomende Wirtschaftszentrum jenseits der Elbe. Der von T-Mobile gecharterte Bus brachte etwa 40 APÖ-Mitglieder nach Harburg, wo Themen des Abends der Channel Harburg als innovativer Rahmen für neue Wirtschaftszweige und die UMTS-Technologie als eine der neuesten Entwicklungen in der mobilen Kommunikation waren.

Dr. Ingo Hadrych, Geschäftsführer von Channel Harburg, erzählte einiges zur Geschichte des industriellen Harburgs, dessen Verödung und Wiederentdeckung von der New Economy in den 90er Jahren eine reizvolle Alternative zur Hamburger Hafen-City darstellt. Bauunternehmer Arne Weber hatte im vergangenen Jahrzehnt unter anderem in Kooperation mit der TU Harburg großzügige Licht durchflutete Büroflächen zu stabilen Mieten im mittleren Preissegment geschaffen, in die IT-Firmen einzogen, die trotz der einsetzenden Start Up-Krise zu treuen Mietern wurden.

Maika-Alexander Stangenberg, Pressesprecher bei T-Mobile Deutschland, gab im Anschluss einen Überblick über Geschichte und Zukunft des mobilen Telefonierens: Von ersten handvermittelten Gesprächen auf kiloschweren Geräten im A-Netz bis hin zu UMTS, dem Breitbandnetz der nächsten Generation. Der SMS-Boom – besonders bei jungen Leuten – ist konstant steigend, so Stangenberg. Derzeit werden monatlich mehr als 900 Millionen Kurznachrichten über das Netz von T-Mobile verschickt. Seit kurzem ist der Versand von Multimedia Messages (MMS) möglich, die die Textnachrichten mit Bild und Ton veredeln. Studien gehen davon aus, dass die Foto-Handys im Absatz schon bald die reinen Digitalkameras überrunden werden. Mitte 2003 will T-Mobile die kommerzielle Vermarktung von UMTS starten. Mit Geschwindigkeiten, die bislang nur aus dem Festnetz bekannt sind, werden künftig Anwendungsszenarien wie Audio- und Videostreaming, Video-Telefonie und -konferenzen per Handy möglich – aber auch mobile Dienste wie die Fernkontrolle per UMTS bei Herzpatienten.

Nach den aufschlussreichen Referaten gab es ein reichhaltiges Buffet aus dem Restaurant Palm Speicher, das schon längst nicht mehr nur Geheimtipp der Angestellten ist, sondern sich auch großer Beliebtheit bei den Har- und Hamburger erfreut. Es wurde geredet und manch alter Kontakt wieder aufgefrischt, bei einem gelungenen Abend – dank Ingrid Hilbrink.

Antje de Boer

Kontakt: Ingrid Hilbrink
IHilbrink@aol.com

Foto: I. Dose-Krohn

*Seit Pferdetherapeutin Karola Bady (r.) „Zloty“ was ge-
flüstert hat, ist sein Blick ruhig, sein Verhalten gelöst,
selbst wenn Eigentümerin Steffi (2. v. r.) daneben steht
oder aufsitzen will. Für manche Teilnehmerin dieses
Abends gab es Aha-Erlebnisse für ihre eigenen Pferde*



AK JOURNALISTINNEN

PFERDEGEFLÜSTER FÜR JOURNALISTINNEN

Der Arbeitskreis Journalistinnen kam im November 2002 in einen besonderen Genuss. Karola Bady, Journalistin und Pferdeexpertin, gewährte ihren Kolleginnen auf der Reitanlage Eggerstedt in Hamburg-Sülldorf einen Einblick in ihre erfolgreiche Pferdetherapie. Karola hat sich in den vergangenen Jahren neben ihrer journalistischen Tätigkeit der Behandlung schwieriger Pferde verschrieben, die ihre Reiter abwerfen oder dem Besitzer Probleme machen. Am Beispiel von „Zloty“, dem ehemaligen Patienten und widerspenstigen Fuchspferd von Reiterin Steffi erläuterte Karola eindrucksvoll ihr Vorgehen bei einer Behandlung. „Auch einem Pferd stellt man sich erst einmal vor,“ erfuhren wir. „Ich mache dem Pferd das Angebot, mich kennen zu lernen.“ Mit „Pferdeflüsterei“ allein ist es nicht getan. Dazu bietet Karola einem Pferd zunächst die Hände zur Kontaktaufnahme an. Anschließend tastet sie langsam den gesamten Körper ab, beginnend am Kopf. Dabei erkennt sie schnell, dass „Zloty“ nicht ganz gesund ist. Ein Tierarzt bestätigt später mit der Feststellung von Nierenproblemen und einem Hautpilz ihre erste Diagnose. Mit der Behandlung des Pferdes war der erste Schritt getan, „Zloty“ zu einem geliebten Reitpferd zu machen. Karola wäre aber keine so hervorragende Pferdeexpertin, wenn sie nicht auch das Zaumzeug und den Sitz des Sattels prüfte. Am wichtigsten ist jedoch die Zusammenarbeit mit dem Reiter, ja auch „Therapie“ des Reiters, der häufig kein Verständnis für eine Pferdeseele hat. Da heißt es, sensibel zu sein, damit das Lernziel zum Wohle des Pferdes erreicht werden kann. So wie bei Steffi. Die glückliche Pferdebesitzerin weiß inzwischen, dass sie ohne die Hilfe von Karola Bady ihr Pferd wohl nicht behalten hätte. Sie empfiehlt jedem, der Schwierigkeiten mit seinem Pferd hat, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Für uns Journalistinnen war dieser Abend eine wunderbare Erfahrung aus dem Reich der Pferde und Reiter. Wer mehr über die bewährte Pferdetherapie erfahren möchte, kann im Internet nachsehen unter www.pferde-auf-die-couch.de.

Margitta Rudolph

Kontakt: Sabine Gondro
sgondro@aol.com

AUF EIN NEUES:

START UP IN 2003

Frei zu sein bedarf es wenig und wer frei ist, ist ein ... Journalist! Ich bin so frei – wie „frei“ bin ich denn? Bin ich froh frei zu sein? Bleibe ich frei oder muss ich zukünftig frei sein und bleiben? „Frei sein“ – „Frei bleiben“ – Assoziationen, Überlegungen, Perspektiven und die richtigen Sprünge.

Alle Jahre wieder beschäftigt uns Freie gerade zum Jahreswechsel das Thema: Wie geht es im nächsten Jahr weiter? Um uns ein wenig auf die Sprünge zu helfen, hat der DJV in den vergangenen Jahren Start Up-Seminare angeboten, um Journalisten fit zu machen für die Zukunft. In 2003 geht es weiter!

Das Thema Start Up-Seminare für Freie hat uns vom DJV-Landesverband in den vergangenen zwei Jahren immer wieder beschäftigt – im wahren Sinne des Wortes (s. DJV-*info* 4/02, 3/02 und 4/01). Nicht nur, dass wir darüber diskutiert und geschrieben haben, sondern wir haben die Seminare auch selbst geplant und betreut. Aber warum das Rad immer wieder neu erfinden und mit viel ehrenamtlichen Engagement umsetzen, wenn es professionelle Angebote in Hamburg gibt?

So greifen die Seminarangebote der Akademie für Publizistik in 2003 genau die Aspekte auf, die auch das Ergebnis unserer Fragebogen-Aktion waren (s. DJV-*info* 4/02). Bei der Befragung kamen die Prioritäten der Kollegen klar heraus: Am wichtigsten fanden die meisten, Auftraggeber zu finden! Wie spreche ich Verlage oder Sender an? Auf Rang zwei stand: In welchen Medien kann ich als freier Journalist auf mich aufmerksam machen? Wie kann ich für mich werben?

Daher bietet der DJV Landesverband Hamburg eine weitere Staffel von Start Up-Seminaren in 2003 für freie Journalisten in Kooperation mit der Akademie für Publizistik an. Im Klartext heißt das, dass der DJV-Landesverband für eine festgelegte Anzahl von DJV-Mitgliedern einen Teil der Seminarkosten übernimmt.

Da der erste Termin, zum Thema Existenzgründungskurs „eLearning“, schon auf dem 17. Januar 2003 lag und mit dem DJV-*info*-Erscheinungstermin kollidierte, haben wir dieses Angebot vorab an unseren Gesamt-E-Mail-Verteiler verschickt. So konnten sich wenigstens diejenigen, die über E-Mail verfügen, eine Teilnahme überlegen.

Aber es gibt natürlich einen weiteren Termin: **am 14. März 2003**. Das Existenzgründungs-Seminar

richtet sich an Journalisten aller Medien. Es umfasst die kompakte Starthilfe: Büro und Technik, Rechtsform und Finanzen, eigenes Profil und optimales Marketing. Wie sich Journalistinnen und Journalisten auf dem „freien“ Markt behaupten können (ähnlich wie wir im vergangenen Jahr die Seminartage „Büro, Büro“ angelegt hatten). Es beginnt und endet mit jeweils einem Tag in der Akademie, das heißt am 14. März und am 11. April. Ergänzend steht den Teilnehmern exklusiv ein eigenes Forum im Internet offen, das vier Wochen lang von den Dozenten betreut wird. Diese Betreuung läuft also vom 14. März bis 11. April 2003 und ist für insgesamt 40 Teilnehmer angelegt. Kostenpunkt: 250,- Euro. Für 20 DJV-Mitglieder der Gesamtzahl trägt der DJV Hamburg 100,- Euro, die Gebühr ermäßigt hier also auf 150,- Euro. **Anmeldeschluss ist der 15. Februar 2003.**

Im April folgt dann das nächste Seminarangebot, dessen Zielgruppe – angesprochen sind freie Journalisten, die ihre Themen besser vermarkten wollen – genau übereinstimmt mit den Wünschen, die bei den befragten DJV-Journalisten an oberster Stelle standen: „Marketing für Freie“. Wer als Journalist frei arbeitet, muss nicht nur recherchieren und schreiben, sondern seine Themen auch verkaufen können. Häufig wird die Akquise, der erste Anruf in einer Redaktion, zur großen Hürde, deren Überwindung viel Energie und Arbeitszeit kostet.

Das dreitägige Seminar befasst sich zunächst mit den Blockaden, von denen viele Freie berichten. Im zweiten Schritt werden Lösungsansätze und Strategien erprobt: Wie biete ich meine Beiträge an? Wie überwinde ich meine Ängste vor Absagen? Wem biete ich was an und wie selbstbewusst kann ich dabei sein? Tipps und Anregungen zum Zeitmanagement von Freien sowie Honorar- und Rechtsfragen ergänzen das Programm. Das Seminar geht über **drei Werktagen von Montag, dem 7. April, bis Mittwoch, den 9. April 2003**, und ist für 18 Teilnehmer geplant. Kostenbeitrag: 310,- Euro. – Hier trägt der DJV-Landesverband Hamburg für 10 Mitglieder 100,- Euro der Kosten, so dass für sie 210,-Euro Kosten anfallen.

Für Rückfragen: Marina Friedt, T. 24 50 29, marinafriedt@aol.com, und Dr. Anja Westheuser, DJV: T. 36 97 100.

Verbindliche Anmeldungen bitte per E-Mail (info@djv-hamburg.de) oder Fax 36971022 **für eLearning bis zum 15. 2. 2003** und **für „Marketing für Freie“ bis zum 7. März 2003** beim DJV-Hamburg Stichwort: „startup“ mit Seminarangebot und -termin) Weitere Infos unter www.akademie-fuer-publizistik.de und www.djv-hamburg.de (s. auch Rubrik: Mitglieds-Projekte).

Marina Friedt

NACHRICHTEN

Um mehr als 50 Prozent (auf 150.000) gegenüber dem Vorjahresmonat (97.000 Exemplare) steigerte im Oktober 2002 Gruner+Jahr den **Einzelverkauf am Kiosk von „essen und trinken“** – der Jubiläumsausgabe. Sie kam obendrein mit mehr als 60 Anzeigen-Seiten auf den Markt. Insgesamt wurden von der Jubiläumsausgabe des Magazins für kulinarische Genießer sogar 286.000 Exemplare unter die Leute gebracht.

Vorsicht bei Leserbrief-kürzungen. **Der Deutsche Presserat rügte** in diesem Zusammenhang öffentlich die „Süddeutsche Zeitung“. Das Blatt hatte einen Leserbrief so gekürzt, **dass seine Aussage ins Gegenteil verkehrt wurde**. Der Leserbriefschreiber hatte am Anfang kurz den Artikel zusammengefasst, auf den er sich bezog, und danach seine Kritik geäußert. Dieser letzte Teil wurde bei der Veröffentlichung komplett weggelassen, so dass der falsche Eindruck entstand, der Briefschreiber stütze die Aussage des Artikels.

TERMINE

Informieren Sie sich über mögliche kurzfristige Änderungen von Terminen und auch über die aktuellsten Events auf unserer Homepage unter www.djv-hamburg.de.

Januar

25. 1. – Anmeldeschluss für den 5. DJV-Frauenkongress in Leipzig, Motto: „Frau Macht Medien – europaweit und grenzenlos“. Termin: 8. + 9. März 2003 Hamburg hat ein Kontingent von 10 Plätzen. Teilnahmegebühr 50,- Euro. Übernachtung und Reisekosten trägt der Verband. Unterlagen auf Anforderung in der Geschäftsstelle am Rödingsmarkt.

25. 1. – 54. Hamburger Presseball im Kempinski Hotel Atlantik. Einlass ab 19:30 Uhr. Kleiderordnung: Smoking respektive Abendkleid

27. + 28. 1. – 4. CeBIT-Event – eine Pressevorschau für die größte Computermesse der Welt – veranstaltet vom High-Tech-Presseclub HPC im Congress Centrum Hamburg (CCH), Beginn jeweils 10 Uhr. Mehr als 20 international führende Unternehmen der IT- und Telekommunikationsbranche zeigen den Journalisten vorab ihre Neuheiten, die im März auf der CeBIT in Hannover vorgestellt werden. Akkreditierung erforderlich: Fax 040-41352126, Email: haider@x-act-event.de

30. 1. - Journalistinnen-Stammtisch – zum Klönen und Kontakte knüpfen im Frauencafé „Endlich“, Dragonerstell 11, ab 20 Uhr. Ein Tisch ist reserviert. Ein Treffpunkt für Kolleginnen an jedem letzten Donnerstag im Monat. Kontakt: Carola Kleinschmidt unter Telefon 0177-3084609.

Februar

3. 2. – 31. 7. – „Multimedia für Volontäre“. Pilotprojekt für Volontäre, die derzeit oder in Kürze ohne feste Anstellung sind und sich für eine Zusatzqualifikation interessieren. Die Weiterbildung wird von den Arbeitsämtern gefördert. Voraussetzung: mind. 1 Jahr Volontariat, Arbeitslosigkeit vor Beginn der Qualifizierung. Infos: Journalisten-Zentrum Haus Busch, 58099 Hagen. Tel.: 02331-984740, Fax: 02331-984808, Email: tmueller@hagener-tgz.de

10. – 12. 2. – „Texte in Fachzeitschriften“. Seminar 09/2003 der Akademie für Publizistik AfP. Infos: Warburgstraße 8-10, 20354 Hamburg, Telefon: 040-4147960

11. 2. – „Dienst-Frei“, Stammtisch der Freien JournalistInnen jeden 2. Dienstag im Monat. Ort: das „TiBreizh“, Deichstraße 39, 20459 Hamburg, um 19:30 Uhr zum Informationsaustausch, Kennen

Lernen, Networking. Kontakt: Dr. Götz Warnke, info@djv-hamburg.de.

19. 2. – AK Journalistinnen, turnusmäßiges Treffen des Arbeitskreises jeden 3. Mittwoch im Monat in der Mattentwiete 2. Infos bei Sabine Gondro, sgondro@aol.com.

21. – 22. 2. – „Leiten statt leiden – die bessere Redaktionskonferenz“. Seminar des Bremer Medienbüros Beate Hoffmann im Verbund mit der Hamburger Akademie für Publizistik AfP, die auch die Anmeldungen unter Tel.: 040-4147960 annimmt. Das Seminar findet in Berlin statt. Infos im Bremer Medienbüro unter Tel.: 0421-343170.

27. 2. – Journalistinnen-Stammtisch im „Endlich“, Dragonerstell 11. Details siehe Januar.

März

11. 3. – „Dienst Frei“, Stammtisch der Freien im „TiBreizh“ ab 19:30 Uhr. Details siehe Februar.

19. 3. – AK Journalistinnen in der Mattentwiete 2. Details siehe Februar.

21. – 22. 3. – „Konstruktiv statt k.o. – das bessere Mitarbeitergespräch“. Seminar des Bremer Medienbüros Beate Hoffmann im Verbund mit der Hamburger Akademie für Publizistik AfP, die auch die Anmeldungen unter Tel.: 040-4147960 annimmt. Das Seminar findet in Berlin statt. Infos im Bremer Medienbüro unter Tel.: 0421-343170.

27. 3. – Journalistinnen-Stammtisch im „Endlich“, Dragonerstell 11. Details siehe Januar.

April

8. 4. – „Dienst Frei“, Stammtisch der Freien im „TiBreizh“ ab 19:30 Uhr. Details siehe Februar.

10. – 12. 4. – Erstes von 6 dreitägigen Seminarmodulen zur PR-Fortbildung: „Public Relations – ein Berufsfeld mit Zukunft“. Spezialangebot der AfP als Seminargruppe. Die weiteren Termine beginnen jeweils am 15. 5., 26. 6., 21. 8., 9. 10. und 27. 11. Zielgruppe: Marketing- und PR-Beauftragte, Pressesprecher und Journalisten. Einzelheiten in der Akademie für Publizistik, Tel.: 040-4147960, Email: info@akademie-fuer-publizistik.de, Seminar-Nr. 25/2003.

16. 4. – AK Journalistinnen in der Mattentwiete 2. Details siehe Februar.

24. 4. – Journalistinnen-Stammtisch im „Endlich“, Dragonerstell 11. Details siehe Januar.

NACHRICHTEN

Deutliche Kritik übte der DJV am bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU). DJV-Vorsitzender Rolf Lautenbach erklärte: „Wir verurteilen die Repressalien, denen der Sportreporter Günther Koch ausgesetzt ist.“ Die Einschüchterungsversuche der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Radiojournalisten Koch seien nicht hinnehmbar und mit der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit nicht vereinbar. Auch als Sportreporter habe Koch ein passives Wahlrecht, so Lautenbach. Es sei damit sein gutes Recht, auf der Liste der SPD für den bayerischen Landtag zu kandidieren und seinen Beruf weiterhin auszuüben.

In der Life Style-Szene im Netz ist eine neue Site www.mineralwasser.de zu finden. Der Kern: eine Internet-Soap die in einer Mineralwasser-Bar spielt. Akteure sind Stammgäste und Personal, die hier ihr Beziehungs-Auf-und-Ab erleben. Und der User hat Mitmach-Möglichkeiten. Einrichter der Bar ist die Informationszentrale Deutsches Mineralwasser.



MOVSKY

DESIGN



KÜCHEN, TREPPEN, MUSIKSCHRÄNKE, LAMPEN AUS EISEN, GLAS, PAPIER...

WIR BAUEN ES!

KLAUS PAULSEN · POELCHAUkamp 7B · 22301 HAMBURG

TEL: 480 83 43 · FAX: 48 99 49 · PAULSEN.PAULSEN@T-ONLINE.DE · www.movsky.de